

Schon ein Erdbeben könnte die Weltwirtschaft erschüttern

Das Paradigma der Deglobalisierung

von Walden Bello

›Deglobalisierung‹ ist nicht gleichbedeutend mit einem Rückzug aus der Weltwirtschaft. Deglobalisierung umschreibt einen Prozess der Restrukturierung der Weltwirtschaft und ihres politischen Systems, so dass letztere den Aufbau leistungsfähiger lokaler und nationaler Ökonomien unterstützen statt diese zu zerstören. Deglobalisierung bedeutet eine Transformation der globalen Wirtschaft weg von einer Ordnung, die sich an den Bedürfnissen transnationaler Konzerne ausrichtet hin zu einer, die sich an den Bedürfnisse von Völkern, Nationen und lokalen Gemeinschaften ausrichtet.

Heutzutage gibt es viele Experimente im Bereich alternativer Ökonomie — unter ihnen Währungssysteme mit nur lokaler Reichweite, Kleinkreditvergabesysteme, partizipatorische Haushaltsplanung wie die in Porto Alegre oder ökologische Gemeinschaften wie Gaviotas in Kolumbien. Der herrschende Gott ›Geld‹ ist allerdings eifersüchtig und wird nicht einfach hinnehmen, dass seine Vorherrschaft herausgefordert wird. Auch das kleinste Experiment muss abgebrochen, geschwächt oder aber vereinnahmt werden. Friedliche Koexistenz zwischen diesen unterschiedlichen Systemen, einem unternehmensfreundlichen und einem menschenfreundlichen, kann darum leider keine Option sein.

Daher setzt ein solcher Neuaufbau vorherigen Abbau voraus, Reintegration verlangt nach vorheriger Desintegration. Das Projekt der Deglobalisierung muss an zwei Punkten ansetzen, die einander ergänzen: Abbau einerseits — Wiederaufbau andererseits.

Abbau

›Abbauen‹ bedeutet: die gegenwärtigen Institutionen des globalen Systems müssen demontiert, gelähmt oder ihre Macht muss drastisch reduziert werden. Das ist notwendig,

um Raum für Alternativen zu schaffen. Dabei sind insbesondere die Welthandelsorganisation WTO, der Internationalen Währungsfonds IWF, die Weltbank, regionale Entwicklungsbanken wie die Asiatische Entwicklungsbank, multinationale Konzerne sowie das internationale Finanzkapital ins Visier zu nehmen. Kampagnen, die Deglobalisierung zum Ziel haben, müssen zwar den herrschenden politischen Umständen Rechnung tragen, aber im Wesentlichen zum genannten strategischen Ziel führen. So wäre beispielsweise eine Kampagne, die sicherstellt, dass keine neue Runde von Verhandlungen nach dem fünften Regierungstreffen der Welthandelsorganisation in Cancun im September 2003 folgt, ein riesiger Erfolg, welcher den Liberalisierungsprozess weltweit umkehren könnte.

Wiederaufbau

Hand in Hand mit der Kampagne für einen Abbau müssen sich Bemühungen entfalten, ein alternatives System nationaler und weltweiter Ökonomie und Handelns zu etablieren.

Es gibt einen himmelschreienden Bedarf nach alternativen Systemen nationaler und globaler Ökonomie und Handelns. Zwar ist die Ansicht weit verbreitet, dass ein Nach-

denken über ein alternatives System lokalen und nationalen ökonomischen Handelns zum großen Teil noch in den Kinderschuhen steckt. Fakt ist aber, dass viele oder gar die meisten der grundlegenden und umfassenden Prinzipien für eine Alternative schon artikuliert wurden und es in Wirklichkeit darauf ankommt, diese generellen Prinzipien für konkrete Gesellschaften zu spezifizieren — auf eine Art und Weise, die der Vielfalt der Gesellschaften Rechnung trägt.

Zur Arbeit an Alternativen haben in Vergangenheit und Gegenwart viele Nord-Süd-Initiativen beigetragen. Die Kernpunkte dieser gemeinsamen Bemühungen können als eine doppelte Bewegung der ›Deglobalisierung‹ der nationalen Ökonomien sowie der Errichtung eines ›vielschichtigen, pluralistischen Systems weltwirtschaftlichen und politischen Handelns‹ zusammengefasst werden.

Der Kontext für die Diskussion des Deglobalisierungskonzepts ist nicht allein, dass die Ausbreitung einer globalisierten Produktionsweise nachweislich von wachsender Armut, Ungleichheit, Ausbeutung und Stagnation begleitet wird, sondern auch die Fragilität und mangelnde Zu-

Der Autor ist Direktor von Focus on the Global South und Professor der Soziologie an der Universität der Philippinen.

kunfts-fähigkeit dieser Produktionsweise.

Das Internationale Forum zur Globalisierung IFG weist darauf hin, dass »... eine Mahlzeit, die in den westlichen, Lebensmittel importierenden, Ländern üblicherweise verzehrt wird, vom Ursprung bis zum Endverbraucher durchschnittlich 2000 Meilen zurückgelegt hat. Jede dieser Meilen trägt zu den Umwelt- und sozialen Krisen unserer Zeit bei. Wesentliches Reformziel jedes Überganges weg von der industrialisierten Landwirtschaft muss es sein, den Abstand zwischen Produzenten und Konsumenten zu verringern ...«. Ein anderer Autor stellt fest, dass derart viel industrieller Produktion auf einige wenige Gebiete Taiwans ausgelagert wurde, dass, wäre das Erdbeben vom 21. September 1999, dem die Insel ausgesetzt war, »... nur einige wenige Zehntel stärker gewesen oder hätte es nur wenige Meilen näher am wichtigen Hsinchu-Industriepark stattgefunden, große Teile der Weltwirtschaft auf Monate gelähmt...« gewesen wären.

Deglobalisierte Ökonomien würden anders funktionieren

Während das Paradigma der Deglobalisierung im wesentlichen aus Erfahrungen der Gesellschaften des Südens abgeleitet ist, hat es gleichwohl Bedeutung auch für die Ökonomien des Nordens.

Deglobalisierung heißt nicht Rückzug aus der weltweiten Ökonomie, sondern Rückorientierung der Ökonomien weg von Exportproduktion hin zur Produktion für den heimischen Markt. Warenproduktion und Dienstleistungen sollen sich dabei an den Grundbedürfnissen der Menschen ausrichten und nicht an den Bedürfnissen, die einer konzerngesteuerten Konsumkultur entspringen. Technologien sollen zur Anwendung kommen, die der Gemeinschaft, der Umwelt und dem Leben an sich zugute kommen anstatt diese zu zerstören.

Es geht darum

zu ermöglichen, dass ein Land die nötigen Gelder für seine Entwicklung auf dem heimischen

Markt beschaffen kann statt von ausländischen Investitionen und ausländischen Kapitalmärkten abhängig zu werden. die lange aufgeschobenen Maßnahmen der Einkommens- und Landumverteilung durchzuführen, um einen inländischen Markt aufzubauen, der zum Anker der Wirtschaft wird und die nötigen finanziellen Mittel für Investitionen schafft.

Wirtschaftswachstum als Ziel hintan zu stellen und die Gleichheit zu maximieren, um das ökologische Ungleichgewicht radikal zu reduzieren, Buchführungssysteme anzuwenden, die die wahren Gewinne und Verluste im Verhältnis von Umwelt und Ökonomie reflektieren, um eine Wirtschaftspolitik zu voranzutreiben,

wie auch Staat demokratischer Kontrolle zu unterstellen.

Einen neuen Komplex aus Produktion, Austausch und Verteilung zu schaffen, der Gemeinschaftskooperativen sowie private und staatliche Unternehmen einschließt, transnationale Konzerne ausschließt und in dem die Marktvorgänge dem Gemeinwohl untergeordnet werden.

Das Prinzip der Subsidiarität im Wirtschaftsleben zur Geltung zu bringen, indem die Produktion von Gütern sowie Dienstleistungen auf der lokalen und die nationalen Ebene stattfindet, sofern dies zu vernünftigen Kosten geschehen kann, um die Gemeinschaft zu erhalten.

Wirtschaftliche Vereinbarungen zu fördern, welche die Men-



Foto: Archiv

Die Landwirtschaft muss aufgewertet werden.

die nicht auf Kosten der Umwelt geht.

Die zentrale Bedeutung von Frauenarbeit nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Reproduktionssphäre (also der Haus- und Familienarbeit — die Red.), anzuerkennen und sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu berücksichtigen.

Den Stadt-Land-Gegensatz, der Bestandteil kapitalistischer Entwicklung ist, aufzuheben, indem die Landwirtschaft und bäuerliche Gemeinschaften aufgewertet werden.

Die zentralen ökonomischen Entscheidungen dem demokratischen Prozess zu unterwerfen und nicht dem Markt zu überlassen.

Den Privatsektor einer effektiven, staatlich sanktionierten Regulierung zu unterwerfen und Privatsektor

schenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung aufrechterhalten und die kulturelle Vielfalt unterstützen statt sie zu unterminieren.

Es geht um einen Ansatz, der bewusst die Logik des Marktes und das Streben nach Kosteneffizienz anderen Werten wie ökologischer Nachhaltigkeit, Sicherheit, Gleichheit und sozialer Solidarität unterordnet. Es geht, um in der Sprache des großen sozialdemokratischen Gelehrten Karl Polanyi zu sprechen, um die Wiedereinbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft, statt dass die Gesellschaft von der Ökonomie getrieben wird.

Es mag zwar sein, dass die Effizienz im Sinne einer konstanten Senkung von Stückkosten leiden

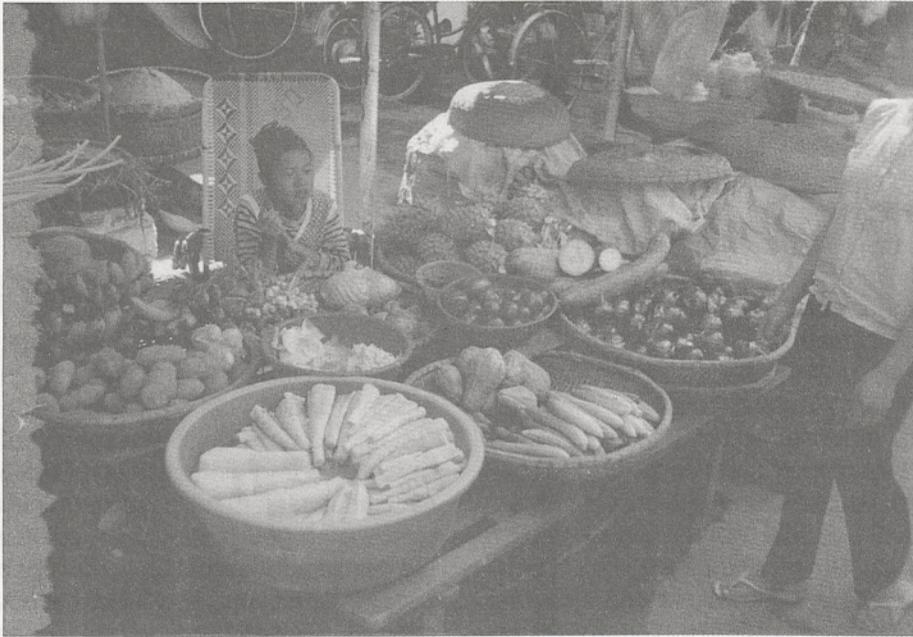


Foto: S. Wünsch

Wenn Obst und Gemüse auf lokaler Ebene zu vernünftigen Kosten produziert wird, kann die Gemeinschaft erhalten werden.

wird, doch was man dabei gewinnt — oder besser gesagt — »zurückgewinnt« —, sind günstige Bedingungen für eine Entwicklung der Gemeinschaft, mehr und bessere Demokratie, Nachhaltigkeit und Gleichheit. Dies wird einen Übergang bedeuten von einer marktorientierten Ökonomie, die dem Profitstreben Vorrang einräumt und zu krassen sozialen Ungleichheiten sowie sektoralen Ungleichgewichten wie der Stadt-Landtrennung führt, hin zu einer natur- und menschenorientierten Ökonomie, die sicheres Leben, angenehme Arbeitsbedingungen und ein verbessertes Lebensgefühl betont und auf einem Sinn für soziale Gerechtigkeit und Würde, Gleichheit unter den Geschlechtern und einem ökologischem Gleichgewicht beruht.

All dies summiert sich zu einer tiefgreifenden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Transformation, die Kapitalismus und Markt strikt reguliert, durch die individuelle Konsummuster von gemeinschaftlicheren Formen abgelöst und Konzerne von der Produktion ausgeschlossen werden, die Landwirtschaft wieder aufgewertet wird, die menschliche Arbeit wieder Würde erhält und ein Gleichgewicht zwischen Gemeinschaft und Umwelt hergestellt wird.

Umstritten

Deglobalisierung ist darum aller Voraussicht nach ein Prozess,

der von schweren Konflikten gekennzeichnet sein wird. Damit er ermöglicht wird, muss er mit politischen Strategien verbunden werden, die einen Bruch in den gegenwärtigen Beziehungen ökonomischer und politischer Macht herbeiführen — was bedeutet, dass lokale Kräfte und alle anderen, die vom Projekt der Globalisierung profitieren, wirksam geschwächt werden.

Die beharrliche Macht dieser Eliten ist beeindruckend, und sie ist größtenteils auf die Unterstützung zurückzuführen, die diese von den herrschenden globalen Eliten erhalten. Die globalisierten Cliquen innerhalb der lokalen Elite zu entmachten darf aber nicht als Unterstützung solcher Gruppen verstanden werden, die eine nationalistische oder globalisierungskritische Rhetorik für ihre opportunistischen Ziele missbrauchen.

Neue, alte Weltordnung

Deglobalisierung, das heißt, die Wiedererstarkung des Lokalen und Nationalen, kann nur Erfolg haben, wenn sie im Rahmen eines alternativen Systems nationalen und letztendlich globalen ökonomischen Handelns stattfindet — Deglobalisierung muss weltweit stattfinden. Die Verwirklichung eines solchen Systems hängt natürlich ab von einer radikalen Beschneidung der Macht

westlicher Konzerne, die die Hauptakteure der Globalisierung sind, als auch der politisch-militärischen Hegemonie von Staaten — insbesondere der Vereinigten Staaten — welche sie schützen. Aber während wir noch Strategien ersinnen, um die Macht der Konzerne und der dominanten Staaten erodieren zu lassen, müssen wir auch anfangen, einem alternativen System globalen ökonomischen Handelns eine Vision und eine Grundlage zu verschaffen.

Welches sind die Konturen einer solchen ökonomischen Weltordnung? Die Antwort entspringt unserer Kritik am System von Bretton Woods und WTO als einem monolithischen System von gleichsam universellen Regeln, die von hoch zentralisierten Institutionen zum Wohl der Interessen internationaler Konzerne und des Finanzkapitals erlassen wurden. Der Versuch, dieses System durch ein anderes zentralistisches, globales System von Regeln und Institutionen zu ersetzen (auch wenn diese auf anderen Prinzipien beruhen mögen), führt wahrscheinlich in die gleiche Sackgasse à la *Jurassic Park*, in der schon so unterschiedliche Organisationen wie IBM, der Internationale Währungsfonds IMF und die Sowjetunion gelandet sind: einer Unfähigkeit, Vielfalt zu tolerieren und davon zu profitieren. Nebenbei bemerkt ist die Vorstellung, dass es eines bestimmten Sets globaler Regeln bedarf und die eigentliche Herausforderung darin liegt, neo-liberale Regeln durch sozialdemokratische zu ersetzen, Überbleibsel einer technizistisch-optimistischen Variante des Marxismus, die sowohl sozialdemokratischen als auch leninistischen Entwürfen einer zukünftigen Weltordnung zugrunde liegen: sie führt nur, wie es die indische Autorin Arundathi Roy nennt, zu einer Vorliebe für »Gigantismus«.

Was wir heute brauchen, ist nicht eine weitere zentralistische Weltorganisation, sondern den Abbau der Konzentration und Zentralisierung institutioneller Macht und die Schaffung eines pluralistischen Systems staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen, die miteinander agieren, und von flexiblen Abmachungen und Übereinkünften geleitet werden, die ihre Autorität und Legitimität »von unten« beziehen.

Dies ist nicht etwas gänzlich Neues. Denn als es noch ein pluralistischeres System globalen ökonomischen Handelns gab und die hegemoniale Macht noch weit entfernt davon war, in mächtige und allumfassende multilaterale Institutionen und Organisationen gegossen zu sein, waren eine Reihe lateinamerikanischer und asiatischer Staaten zwischen 1950 und 1970 in der Lage, ein Minimum an industrieller Entwicklung zu erreichen. Unter solch einem pluralistischen System — dem *General Agreement on Trade and Tariffs* (GATT) mit seiner begrenzten Macht, seiner Flexibilität und einer geringeren Feindseligkeit der besonderen Situation von Entwicklungsländern gegenüber — konnten die ost- und südasiatischen Länder sich durch aktiven staatlichen Handel und eine aktive Industriepolitik auf eine Weise industrialisieren, die in erheblichem Maße von den Dogmen einer freien Marktwirtschaft abwich, wie sie später in der WTO durchgesetzt wurden.

In vielerlei Hinsicht wandten diese Länder eine Handelspolitik an, die zuvor Länder wie die USA, Deutschland und Japan bei ihrer Industrialisierung erfolgreich betrieben. In China und Indien, welche im gleichen Zeitraum ebenfalls ein erhebliches Wirtschaftswachstum verzeichneten, war die nationale Kontrolle über Handels- und Entwicklungspolitik sogar noch ausgeprägter.

Selbstverständlich waren die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch vor dem Versuch, ein einziges globales System freier Marktwirtschaft durch die Aufzwingung von Strukturanpassungsprogrammen Anfang der 80er Jahre zu institutionalisieren, nicht ideal — noch kann solcherlei über die Ökonomien in der Dritten Welt gesagt werden, die Ergebnis dieser Entwicklungsstrategie waren. Obwohl es in einigen Ländern wie Korea und Taiwan zu Einkommens- und Vermögensumverteilung kam, war ihre Wirtschaftspolitik keine im Interesse der einfachen Bevölke-

rung. Überdies hatten diese Länder, als Gegenleistung für ihren Handlungsspielraum in der Wirtschaftspolitik, den USA als der Hegemonialmacht Gefolgschaft bei deren militärisch-politischen Strategien während des Kalten Krieges zu leisten.



Pax Americana

Der oben geschilderte Zustand, der bis zur Gründung der WTO im Jahre 1995 vorherrschte, macht offensichtlich, dass eine Alternative zur ökonomischen *Pax Americana* und ihrem System von Weltbank, IWF und WTO nicht mit Anarchie gleichgesetzt werden kann. Internationale Beziehungen, die von einer Vielzahl multinationalaler Institutionen und Organisationen, die einander kontrollieren, gekennzeichnet sind, entsprechen nicht dem Propagandabild einer »ungemütlichen« und »verrohten« Welt, das die Parteigänger der WTO

zeichneten, um die Entwicklungsländer zur Ratifizierung der WTO 1994 zu drängen.

Die Gefahr unilateraler Aktionen der Mächtigen in einer Welt ohne multilaterale Spielregeln für den Handel ist stets präsent. Aber die Mächtigen betätigen sich auch dort unilateralistisch, wo es einen multilateralen Handlungsrahmen gibt. Und die schlimmste aller Welten für die Marginalisierten entsteht dort, wo Hegemonialmächte in zynischer Art und Weise sowohl Unilateralismus als auch Multilateralismus für ihre Zwecke einspannen können, so wie es die USA heutzutage tun.

Die politische und wirtschaftliche Macht der USA und zu einem geringeren Grad auch die der Europäischen Union und anderer entwickelter Länder sind heutzutage in Einrichtungen wie dem WTO oder dem Abkommen von Bretton Woods festgezimmert. Daher sollten die Entwicklungsländer und die internationale Zivilgesellschaft nicht danach streben, die WTO oder das Abkommen von Bretton Woods zu reformieren. Stattdessen sollten sie durch eine Kombination aktiver und passiver Maßnahmen versuchen, diesen Institutionen ihren Auftrag zu entziehen oder ihre Macht radikal zu begrenzen und sie zu einem Akteur unter vielen zu machen, der neben anderen internationalen Organisationen, Übereinkünften sowie regionalen Gruppierungen besteht und von ihnen kontrolliert wird. Das bedeutet: Stärkung und gleichzeitig Reformierung verschiedener Akteure und Institutionen wie dem *United Nations Council on Trade and Development* (UNCTAD), multilateraler Umweltabkommen, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie regionaler Wirtschaftsblöcke.

Regionale Blöcke im Süden würden wichtige Akteure der Deglobalisierung sein. Aber innerhalb der heutigen regionalen Zusammenschlüsse ist Handel nicht an Entwicklung orientiert und seine Vorteile werden hauptsächlich in neoklassischen Wirtschaftsbegriffen bewertet wie z.B.

Effizienzsteigerung bei konstanter Kostenminimierung.

Im ›Neuen Regionalismus‹ würden nicht länger Ausweitung des Handels und neoklassische Effizienz als Schlüsselkriterien wirtschaftlicher Zusammenarbeit gelten, sondern Entwicklung, Vertiefung und die Stärkung nachhaltiger und gerechter Ökonomien. Dazu muss es zu einer Neuorientierung von Handelsbeziehungen kommen, damit Kommunen und Länder nicht länger in eine internationalen Arbeitsteilung eingesperrt bleiben, die ihre Möglichkeiten im Namen von ›komparativen Kostenvorteilen‹ und ›Interdependenz‹ einschränkt. Handelsbeziehungen müssen so geändert werden, dass die Chancen von Gemeinschaften gestärkt und Mechanismen eingerichtet werden, die verhindern, dass sich ausbeuterische Arrangements unter den Handelspartnern ausbilden — Mechanismen etwa in Form von Übereinkünften, die eine Teilung von Einkommen, Kapital und Technologie vorsehen.

Die Schaffung solcher regionaler Blocks darf nicht nur Organisationen aus Regierung und Wirtschaft, sie muss auch das Volk und die Bürger einbeziehen. Die Agenda einer menschenorientierten zukunftsfähigen Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich demokratisch entfaltet und nicht von oben aufgezwungen wird wie es im Falle der Europäischen Union oder der ASEAN geschehen ist. Regionale Integration ist in immer stärkerem Maße eine wesentliche Bedingung für nationale Entwicklung geworden, aber sie kann nur effektiv sein, wenn sie als Projekt einer wirtschaftlicher Union von unten angepackt wird.

Regionalisierung von unten ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem alternativen globalen System. Und er muss von anderen Maßnahmen ergänzt werden. Die Verzerrungen, welche die Entwicklung der Länder des Südens behindern, sind durch koloniale Ausbeutung, ungleichen Handel, ökologische Zerstörung und hegemoniale Herrschaft entstanden. Man muss diese Dimension miteinbeziehen, wenn man die Nord-Süd-Beziehungen korrigieren will. Statische Formeln wie ›besondere und je unterschiedliche Behandlung‹ (*special and differential treatment*) genügen da

nicht; Maßnahmen wie Schuldenerlass und sogar Reparationen für vergangene koloniale und rassistische Handlungen als auch für die Ausbeutung der Umwelt müssen hinzukommen.

Entkolonisierung und kulturelle Vielfalt

Die konzerngesteuerte Globalisierung wird von der Ausbreitung einer Konsumkultur begleitet, die zur kontinuierlichen Expansion einer globalen Nachfrage nach Gütern antreibt. Sie geht einher mit einer politischen Kultur formaler Demokratie, die den Lobgesang auf Freiheit und Demokratie anstimmt, während sie in Wirklichkeit Unfreiheit und Ungleichheit fördert und Werte wie Vielfalt, Gemeinschaft und soziale Solidarität unterminiert. Und sie wird gestützt von tief sitzenden Vorurteilen, die eine Überlegenheit westlicher Werte und westlicher Kultur behaupten.

Deglobalisierung muss begleitet werden von einer erneuten Wertschätzung lokaler und nationaler Kultur, um die kulturelle Vereinheitlichung umzukehren und kulturelle Vielfalt weltweit umzusetzen. Dieser Prozess ist allerdings nicht einfach, denn es gibt rückwärtsgewandte Elemente in allen Kulturen, die der Wertschätzung nicht würdig sind. Etwa kulturellen Chauvinismus; Kasten, Rassen-, und geschlechtsspezifische Diskriminierung sowie religiösen Fundamentalismus. Solche Haltungen und Werte sind nicht nur destruktiv für menschliches Miteinander als solches, sondern ihre negativen Auswirkungen werden, indem sie paradoxerweise mit westlichen Anschauungen und Philosophien verbunden werden, noch verstärkt. Im gegenwärtigen Indien z.B. haben sich kultureller Chauvinismus und religiöser Fundamentalismus mit einer von westlichen Institutionen propagierten neoliberalen Wirtschaftspolitik vereint und so die schlimmste aller möglichen Welten für die Bevölkerungsmehrheit geschaffen. Politische und ökonomische Krisen werden von religiösen Demagogen ausgeschlachtet. Fundamentalistische Hindus, Muslime, Christen und die Befürworter der ›Asiatischen Werte‹ unterstützen allesamt den amerikanischen Politologen Samuel Huntington und

seine These von der unverrückbaren Nichtvereinbarkeit der Zivilisationen, nur um ihre Politik des Hasses auf das ›Andere‹ voranzutreiben.

Der Kampf gegen rückwärtsgewandte kulturelle Eigenarten muss daher ein wesentliches Element bei der Auf- bzw. Wiederaufwertung von Kulturen und der Förderung weltweiter kultureller Vielfalt sein. Werte und Handlungen müssen Verbreitung finden, in denen sich universelle Werte wie Gleichheit, Demokratie, Gleichheit der Geschlechter und ökologische Zukunftsfähigkeit niederschlagen.

Dazu wäre es wichtig, die Selbstbestimmung indigener Gemeinschaften nicht nur durch nationale Initiativen zu unterstützen, sondern auch durch internationale Initiativen wie z.B. der Einrichtung einer effektiven internationalen Organisation zum Schutze der Rechte indigener Völker.

Die Herausforderung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass viele der Elemente eines globalen Systems weltweiter Ökonomie und Handelns bereits existieren, doch es gibt zweifellos weitere, die noch eingerichtet werden müssten. Die Bildung internationaler sowie regionaler politisch-wirtschaftlich-kultureller Institutionen muss dabei besonders betont werden, die einen Raum schaffen bzw. bewahren, in dem der überwiegende Teil der Entscheidungen über Produktion, Handel, Wirtschaft und Politik auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene getroffen wird.

Mehr Raum, mehr Flexibilität, mehr echte internationale Kooperation — dies sind einige der Kernelemente einer deglobalisierten Welt, einer wahrlich internationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. In einer solchen flüssigeren, weniger strukturierten, vielschichtigeren und pluralistischeren Welt mit vielen ›checks and balances‹, wären die Länder und Gemeinschaften des Südens — wie auch des Nordens — in der Lage, Räume zu entwickeln, die ihren Werten, ihren Rhythmen und ihrem Wollen gerecht werden. ●

Aus dem Englischen übersetzt von
Markus Gerboth